

UBV-Presseinformation:

Angesichts der Entwicklungen von Brüssel bis Wien stellt man sich folgende Fragen:

- 1) Hat der Bauer noch Platz in der Gesellschaft?**
- 2) Wo ist der Platz der Bauern in der Gesellschaft?**
- 3) Was erwartet man sich vom Bauernstand als Gesellschaft?**
- 4) Dürfen Bauern auch Geld verdienen?**

1

Wenn man heute als Land- und Forstwirt das Einkommen heranzieht, dass man in kleinen Spuren vielleicht noch nach Abzug alle Ausgaben findet – erzielen kann, dann fragt man sich schon: „Wozu gibt es eigentlich ein Landwirtschaftsgesetz, wo folgendes festgehalten ist:

Landwirtschaftsgesetz

Auszug aus der gesamten Rechtsvorschrift für das Landwirtschaftsgesetz 1992, Fassung vom 31.07.2019

Ziele

§ 1. Ziel der Agrarpolitik und dieses Bundesgesetzes ist es, unter Bedachtnahme auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP):

1. eine wirtschaftlich gesunde, leistungsfähige, bäuerliche Land- und Forstwirtschaft in einem funktionsfähigen ländlichen Raum zu erhalten, wobei auf die soziale Orientierung, die ökologische Verträglichkeit und die regionale Ausgewogenheit unter besonderer Berücksichtigung der Berggebiete und sonstigen benachteiligten Gebiete Bedacht zu nehmen ist,
2. die vielfältigen Erwerbs- und Beschäftigungskombinationen zwischen der Landwirtschaft und anderen Wirtschaftsbereichen auszubauen,
3. die agrarische Produktion, Verarbeitung und Vermarktung marktorientiert auszurichten,
4. die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, insbesondere durch strukturelle Maßnahmen zu erhöhen, dabei ist auf eine leistungsfähige, umweltschonende, sozialorientierte, bäuerliche Landwirtschaft besonders Bedacht zu nehmen,
5. den in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen die Teilnahme am sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen und
6. die Landwirtschaft unter Bedachtnahme auf die Gesamtwirtschaft und die Interessen der Verbraucher zu fördern, damit sie imstande ist,
 - a) naturbedingte Nachteile gegenüber anderen Wirtschaftszweigen auszugleichen,
 - b) der Bevölkerung die bestmögliche Versorgung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und Rohstoffen zu sichern,
 - c) sich den Änderungen der volkswirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen und
 - d) die natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft nachhaltig zu sichern, die Kultur- und Erholungslandschaft zu erhalten und zu gestalten sowie den Schutz vor Naturgefahren zu unterstützen und
7. für die Land- und Forstwirtschaft EU-Kofinanzierungsmöglichkeiten umfassend auszuschöpfen.

Nun, die Praxis der Bauerneinkommen sieht am Beispiel Milch komplett anders aus:

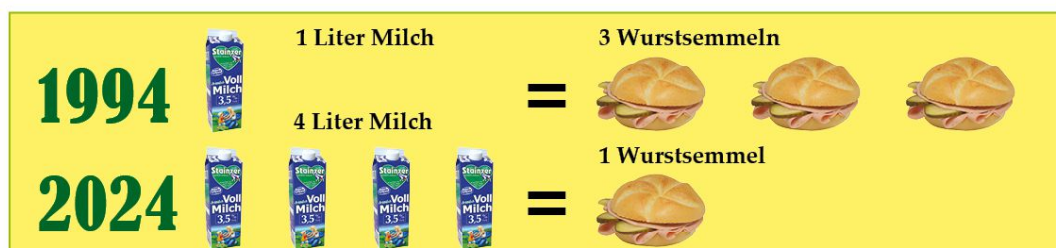
Bauerneinkommen – Beispiel Milch Seit 1994 bis zu 90 % Kaufkraftverlust



Beispiel Milch mit Wurstsemmel:

1994 konnte man sich beim Verkauf von 1 Liter Milch rund 3 Wurstsemmeln kaufen.

2024 muss man 4 Liter Milch verkaufen, damit man sich 1 Wurstsemmel leisten kann!



Beispiel Milch mit Betriebsmittel (Diesel):

1994 konnte man sich mit dem Verkauf von 1 Liter Milch 1 Liter Diesel kaufen.

(Dieselpreis – ca. 55 Cent; Milchpreis – ca. 53 Cent)

2024 müssen wir 3 bis 4 Liter Milch für 1 Liter Diesel verkaufen.

(Dieselpreis – ca. 180 Cent, Milchpreis – ca. 54 Cent oder weniger)



Der Kaufkraftverlust von 90 % und mehr trifft praktisch in jeder Sparte zu!

Warum?

- Weil wir keine Abgeltung der Inflation haben – weder bei den Erzeugerpreisen, noch bei den Ausgleichszahlungen. Dafür sind die Betriebsmittel um das 3- bis 5-fache gestiegen.
- Bei einer Inflationsabgeltung (wie sonst überall) wäre der Bauernmilchpreis heute bei rund 1,08 Euro. Der Index stieg seit 1995 um 97 % – von 100 auf 197.
- Weil bei Import-Lebensmitteln, die dann im Regal des Lebensmittelhandels stehen, andere Spielregeln gelten. Vieles ist bei Import-Lebensmitteln erlaubt, was bei uns verboten ist.

Faire Spielregeln sehen anders aus. Diesen ungleichen, unfairen Wettbewerb lehnen wir ab.

Das Beispiel Milchpreisentwicklung und Kaufkraftverlust zeigt brutal auf, wie krank die von der (Agrar-)Politik geschaffenen Spielregeln für die Land- und Forstwirte in Österreich und in der EU sind. Die Politik schafft nur Rahmenbedingungen für Konzerne. Die Bauern sind egal – es scheint, sie sind im Weg. Die aktuelle gemeinsame EU-Agrarpolitik GAP ist ein Himmelfahrtskommando für die Bauern und ruiniert die Bauernexistenzen – europaweit.

Dieses Bauern-Vernichtungsprogramm GAP wird in Österreich von der Bauernvertretung als Erfolg bewertet. Warum? Und es stellen sich folgende Fragen:

- Was läuft bei der Entwicklung der Erzeugerpreise für die Land- und Forstwirte falsch?
- Wer nimmt hier seine Verantwortung nicht wahr bzw. warum werden die Bauerninteressen nicht vertreten?
- Wer stellt seit 1986 den Agrarminister und trägt seit bald 40 Jahren für die Entwicklung der Bauer-Einkommen die Verantwortung?

Diese desaströsen Erzeugerpreise in praktisch jeder Sparte ruinieren die Bauernexistenzen. Bauern haben nur eine ökonomische Zukunft, wenn es eine andere, eine neue Agrarpolitik gibt!

**Daher fordert der UBV: Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik
Landwirtschaft neu denken & gestalten = ökosozial leben**

Der UBV hat dazu als einzige Bauernvertretung einen konkreten, praxistauglichen Vorschlag auf den Tisch gelegt: www.ubv.at

Ohne Inflationsabgeltung überlebt kein Bauer!



Die Jungen
Unabhängigen
Unabhängiger Bauernverband

Beispiel Milch: Wer kassiert die höheren Spannen?

Entwicklung Erzeugermilchpreis / pro Liter

1994 – Erzeugermilchpreis	= 54 Cent brutto
2021 – Erzeugermilchpreis	= 39 Cent brutto
2022 – Erzeugermilchpreis	= 60 Cent brutto
2023 – Erzeugermilchpreis	= 49 Cent brutto
2024 – Erzeugermilchpreis	= 53-56 Cent brutto

2024 – Notwendiger Erzeugermilchpreis Index-angepasst = 1,08 Euro brutto

Die Inflation (Index 1995 = 100) beträgt seit 1995 rund 97 %,
d.h. der Bauernmilchpreis müsste bei rund 1,1 Euro liegen!

<https://www.wko.at/statistik/prognose/inflation.pdf>

Entwicklung Konsumentenmilchpreis / pro Liter

1994 – Konsumentenmilchpreis	= 76-86 Cent
2021 – Konsumentenmilchpreis	= 1,26-1,36 Euro
2024 – Konsumentenmilchpreis	= 1,50-1,80 Euro

Differenz Bauernmilchpreis - Konsumentenmilchpreis

1994 – Bauernmilchpreis – Konsumentenmilchpreis	= 22-30 Cent
2021 – Bauernmilchpreis – Konsumentenmilchpreis	= 90 Cent
2024 – Bauernmilchpreis – Konsumentenmilchpreis	= 100-130 Cent

Wer kassiert die höheren Spannen?



Daher fordert der UBV:

Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik
Landwirtschaft neu denken & gestalten = ökosozial leben

Der UBV hat als einzige Bauernvertretung einen konkreten, praxistauglichen Vorschlag für neue Wege auf den Tisch gelegt. Wir fordern unter anderem bei Lebensmitteln einen Preisaufschlag von maximal 100 % durch den Lebensmittelhandel (LEH). Damit schiebt man dem Import von Billigprodukten durch den LEH, die unsere Erzeugerpreise unter Druck setzen, einen Riegel vor.

www.ubv.at

Allein am Beispiel Milch sieht man, wie groß die Schieflage bei den Bauerneinkommen ist.

Ein Beispiel aus dem Ackerbau zeigt zu 2025 folgende Situation: Rund 1.430 Euro variable Kosten beim Anbau bis zur Ernte. Bei einem Ertrag von 8 Tonnen (Wintergerste) sowie einem Verkaufspreis von 175 €/to ist das ein Ertrag von 1.400 Euro. Man zahlt also dazu. Bei Weizen kann man rund 200 Euro mehr je Tonne rechnen, bleiben als Ertrag rund 1.600 Euro. In beiden Fällen sind noch diverse Kosten für Versicherungen für Maschinen mitzurechnen. Ackerbau ist also ein Geschäft, wo man derzeit dazuzahlt, ist der Ertrag niedriger, wird es noch dramatischer.

4

Jede Berufsgruppe preist die Teuerung ein und hat dann höher Stückkosten, höhere Lohnkosten, höhere Verkaufskosten = ist am Ende höhere Einkommen. Das gilt auch für alle sonstigen selbständig erwerbstätigen, Unternehmer usw. War gilt das bei den Bauern nicht?

Bauerneinkommen sind katastrophal schlecht – die GAP muss in der aktuellen Form weg

Gemessen an den Auflagen, den Hürden sowie den untauglichen Spielregeln im Vergleich mit den Mitbewerbern in der EU aber insbesondere bei jenen, die Waren in die EU liefern, ist das Ergebnis von 30 Jahren gemeinsame EU-Agrarpolitik desaströs. Die EU-GAP ist gnadenlos gescheitert. Sie demoliert und ruiniert die Bauern. Dass unsere Bauernvertretung die GAP 30 Jahre nach dem EU-Beitritt weiter als alternativlos betrachtet, versteht kaum ein Praktiker mehr. Das hat die hat die LK Österreich jüngst in ihrem Jahresbericht 2024/25 festgehalten. Da schreibt man provokant: „Österreich in Europa: Mitten drin und vorne dabei!“

Wir fragen uns: Wo sind die Bauern in Österreich vorne mit dabei?

- ✓ Bei den Einkommen mitnichten. Ansonsten wären die durchschnittlichen Einkommen der Bauern nicht bei rund 15.000 Euro wie im Grünen Bericht zu 2023 festgestellt. Die Beamten bringen es im Vergleich im Durchschnitt auf 62.000 Euro im Jahr und die Spitzenvertreter der Bauern landen bei 15.000 bis 20.000 Euro oder höher brutto im Monat.
- ✓ Hinterfragt man den Bürokratie Dschungel, den Berg an Auflagen wie Hürden, das Sekkieren mit Kontrollen ohne Ende, dann verweisen der Präsident der LK Österreich Josef Moosbrugger oder Minister Norbert Totschnig auf Brüssel.
- ✓ In Brüssel erklärte uns der Generaldirektor Wolfgang Burtscher, ein österreichischer Landsmann, man würde von vielen offenen Fragen, die wir dort stellten, nichts wissen. Und man war, ob der vielen Fragen der UBV-Delegation im Jahr 2024, verwundert bis verärgert.
- ✓ Dafür erfährt man dann in Brüssel, dass österreichische Minister – im konkreten Fall die Vorgängerin von Totschnig Verträge z.B. für die EU-Entwaldungsverordnung unterschreibt, die danach noch geändert wurden. Oder die ehemalige Minister Gewessler die das Renaturierungsgesetz unterschrieb. Beide Maßnahmen sind in unserem Grundverständnis eine glatte Enteignung. Es gilt beim BB: in Brüssel dafür, hier dann dagegen.
- ✓ Jetzt plant man einen neuen Budgetpfad in Brüssel, wo man das bisherige Agrarbudget mit anderen Töpfen vermengen und gleichzeitig damit die Agrargelder massiv kürzen will.
- ✓ Das ist echtes Pharisäertum.

Bauerngelder – Ausgleichszahlungen sind keine Förderungen, sondern Ersatzleistungen

Wir sprechen von einem Pharisäertum, denn im Zuge des EU-Beitrittes versprachen die damals in der Regierungsverantwortung stehenden Herrschaften den Bürgern günstigere Preise, vor allem auch bei Lebensmitteln. Den Bauern gestand man „Ausgleichszahlungen“ zu. Denn man akzeptierte, dass man einer Berufsgruppe – denn Bauern die Erzeugerpreise absenkte und damit Geld wegnahm, damit andere Gruppen billig einkaufen können.

Dieses „Verständnis-Zugeständnis“ für/an die Bauern, damit die Bauern für einen EU-Beitritt stimmten, dauerte nicht lange. Denn seit dem EU-Beitritt wurde eine Lawine an Auflagen und Kontrollen sowie an Bürokratie losgetreten, die tausende Bauern am Ende unter sich begraben hat – die heute nicht mehr existieren. Dieses perverse Spiel gegen Bauern geht munter weiter.

5

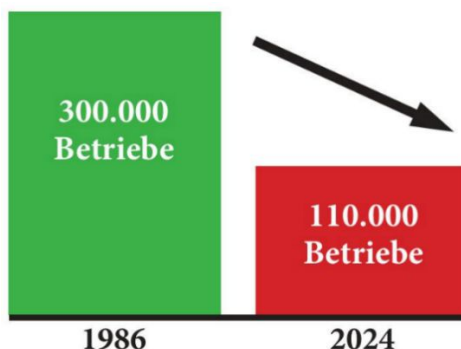
Das Schweigen der Bauernvertretung

Das große Schweigen der Bauernvertretung zu diesen Entwicklungen sowie das Mittragen wie Mitgestalten dieser vielen Ungerechtigkeiten ist der Grund, warum wir als UBV konkret da sind. Wir wollen eine andere Agrarpolitik. Wir wollen eine Politik, wo man vom Bewirtschaften der Höfe wieder ordentlich – im Sinne des Landwirtschaftsgesetzes, leben und ökonomisch existieren kann. Und nicht von Gagen als parteipolitische Funktionäre, die keine andere Meinung/Lösung dulden.

Wenn man – wie die ÖVP – seit 1986 den Agrarminister stellt, dazu praktisch – bis auf wenige Ausnahmen zudem die meisten Agrarlandesräte wie die Präsidenten der Landwirtschaftskammer, dann kann man sich nicht an anderen abputzen, wenn es um die Verantwortung geht.

Wer zulässt, dass man von rund 300.000 Betrieben auf heute rund 110.000 Betriebe abstürzt, wobei noch rund 50.000 Betriebe im Vollerwerb da sind – Dentenz stark fallend, der muss vor der eigenen Türe kehren, wenn er die Ursachen des Untergangs des Bauernstandes sucht.

Jedenfalls können wir bei dieser Entwicklung die Vollversorgung in fast allen Bereichen nicht mehr gewährleisten. Lebensmittel aus der Region sind dann nur mehr ein Slogan. Dass sich die Direktorin des Bauernbundes kürzlich dann salopp hinstellt und sagt, „wenn wir die Lebensmittel hier nicht erzeugen, dann importiere man diese halt“ – lässt tief blicken, wie der Bauernbund, der noch die dominierende Fraktion in der Kammer ist, wie man dort wirklich denkt. Es scheint zu gelten: Wenn man selbst versagt, importiert man halt. Bauern, ihr habt Pech gehabt!“



Die bittere Ernte-Bilanz der Bauern dank der BB-Politik seit 1986

Was muss sich aus der Sicht des UBV für die Bauern wie ändern?

Die notwendigen Korrekturen finden sich als sogenannte 42 Forderungen an die Politik in der zusätzlichen Presseunterlage. Konkret fordern wir vom UBV:

1) Eine Sockelbetragszahlung als zentrale Leistungsabgeltung für die Bauern

Angesichts des aktuellen Vorschlages aus Brüssel, der sich trotz der Wortspenden hier aus der Erfahrung der letzten 30 Jahre wenig bis kaum ändern wird, wollen wir die Abgeltung der Leistungen der Bauern komplett umstellen. Damit sollen einerseits die notwendigen höheren Einkommen generiert werden und die Bezahlung von durch Bauern erbrachten Leistungen fair abgegolten werden. Siehe Unterlage Sockelbetrag für Bauern.

2) Echte Spielregeln: Stopp des Importes und Vertriebs von Produkten, die nicht die gleichen Auflagen haben.

Wir fordern einen sofortigen Stopp des Importes wie Vertriebes von Produkten, die nicht unter den gleichen Auflagen erzeugt werden, wie wir das tun müssen. Der Sport würde bei den aktuellen Regeln beim Verkauf von Lebensmitteln sofort Geschichte sein. 100 Meter sind immer und überall 100 Meter. Wer von Wettbewerb redet, muss dem Wort und den dazu notwendigen fairen Regeln gerecht werden.

3) Die komplette Inflationsabgeltung

Die Kaufkraft der sogenannten Ausgleichszahlungen ist heute – 30 Jahre nach dem EU-Beitritt bei „Null – 0“. Weil wir inzwischen eine Inflation von rund 100 % haben. Abgesehen von dem Umstand, dass die Produktionsmittel nicht um 100 %, sondern um das Vielfache, also 300 % bis 400 % gestiegen sind. Daher fordern wir die komplette Abgeltung der Inflation rückwirkend.

4) Lebensmittelkontrolle:

Eine echte, sofortige Kontrolle beim Handel mit Lebensmittel. Derzeit ist dem Betrug Tür und Tor geöffnet.

5) Maximal 100% Preisaufschlag bei Lebensmitteln auf den Einkaufspreis:

Wir fordern, dass man bei den wichtigsten Grundnahrungsmitteln im LEH maximal 100% auf den Einkaufspreis aufschlagen darf. Damit wird dem Dumping mit Billigimporten ein Riegel vorgeschoben. Wenn man um 40 Cent eine Ware einkauft und diese nur mit 80 Cent verkaufen kann, beträgt die Spanne für Aufwendungen und Gewinn nur 40 Cent. Kauft man hier z.B. um 1 Euro ein, dann ist beim doppelten Verkaufspreis dieser bei 2 Euro. D.h. die Spanne für Aufwand und Gewinn beträgt 1 Euro. Das Dumping hat ein Ende.

6) Mehrwertsteuer für alle Agrarartikel auf 20% anheben.

Wir fordern die sofortige Anhebung der UST bei allen Erzeugnissen aus der Land- und Forstwirtschaft auf 20%. Für pauschal besteuerte Betriebe ist das eine sofortige Steigerung der Einkommen. Für den LEH ist die UST ein Durchläufer. Wenn der Kunde gezielter einkauft und nicht jeden Ramsch, dann wird das auf für Kunden kein Problem sein.

7) Abbau der Bürokratie zumindest um 50%, nach 3 Jahren um 90%.

Wir fordern den sofortigen Abbau der Bürokratie um 50% und in weiterer Folge innerhalb von 3 Jahren um 90%. Damit kann der Staat auch auf einen Schlag viel Geld einsparen.

Abschließend ist festzuhalten:

Wenn es wieder eine echte Politik für die Bauern gibt, dann kann man die zu Beginn gestellten Fragen wie folgt beantworten!

Hat der Bauer noch Platz in der Gesellschaft?

JA!

Wo ist der Platz der Bauern in der Gesellschaft?

Mittendrin in der Gesellschaft!

Was erwartet man sich vom Bauernstand als Gesellschaft?

Dass sie weiter eine gepflegte Kulturlandschaft mit besten regionalen Lebensmitteln bereitstellen!

Dürfen Bauern auch Geld verdienen?

JA – und das Ziel, im Einkommen mit Beamten vergleichbar zu sein, ist mehr als zulässig